

Climate politics from the bottom-up

Klimapolitik auf der lokalen Ebene in Österreich

1. EINLEITUNG

Letztlich ist es die lokale Ebene, auf der sich Vulnerabilitäten als Erstes abzeichnen und auf der Adaption geschehen kann (Intergovernmental Panel on Climate Change 2007): Murenabgänge und Überschwemmungen in der Steiermark (Kleine Zeitung, 17.5.2023), Unwetter in Kärnten (Kleine Zeitung, 24.8.2023), Dürre im Burgenland (ORF, 2.9.2022), Hitze in Wien (Kurier, 3.7.2023), Lawinenabgänge in Tirol und Vorarlberg (Der Standard, 4.2.2023), ausbleibender Schnee in Skigebieten in Salzburg (Der Standard, 3.1.2023), trockener Boden in Oberösterreich (Mein Bezirk, 24.3.2022), Bundesländer uneins in Sachen Bodenversiegelung (Mein Bezirk, 9.7.2023) – diese Auflistung stellt nur eine kleine Sammlung von omnipräsenten Herausforderungen rund um klimatische Veränderungen, extremen Wetterereignissen und damit einhergehend Klimapolitik in Österreich dar. Während die Problemlagen, die der Klimawandel mit sich bringt, mittlerweile zu ständigen Begleitern der Weltbevölkerung geworden sind, ist Österreich aufgrund seiner günstigen geografischen und meteorologischen Lage, zumindest in der Vergangenheit, von Extremwetterereignissen weitgehend verschont geblieben (ZAMG 2021; Klimadashboard 2023). Die obige Auflistung führt jedoch einmal mehr vor Augen, dass Klimawandel uns alle etwas angeht und jede/r von uns einen Beitrag leisten muss, um diese klimatischen Veränderungen einzudämmen. Der Politik obliegt es, die dahingehende gesellschaftliche Entwicklung zu gestalten und entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen.

Wenngleich zahlreiche internationale politische Initiativen existieren, die sich mit dem Klimawandel und dessen Folgen beschäftigen, und immer wieder Einigungen erzielt werden konnten, zeichnet sich ab, dass Übereinkommen oftmals viel Zeit benötigen, um beschlossen werden zu können. Darüber hinaus werden solche Übereinkommen häufig nicht eingehalten bzw. nur einseitig anerkannt (Rogelj et al. 2016; Hook 2018; Savaşan 2019). Internationale Übereinkommen, wie z. B. das „Pariser Klimaabkommen“ im Jahr 2015, in dem sich 195 Vertragsparteien auf langfristige Lösungen in den Bereichen Emissionsreduktion, globale Durchschnittstemperatur, Transparenz, Unterstützung für Entwicklungsländer etc. verständigen konnten, wurden zunächst als Meilensteine der (internationalen) Klimapolitik gefei-

ert. Schnell wurde jedoch klar, dass das fundamentale Ziel, die globale Erwärmung auf „deutlich unter“ zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu beschränken (sog. 1,5 Grad-Ziel), nur sehr begrenzt erreichbar sei (Engels et al. 2023). Auch auf europäischer Ebene wurde im Jahr 2020 u. a. als Ziel formuliert, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent zu senken (Rat der EU und Europäischer Rat 2024). Die Europäische Union steht jedoch gleichermaßen vor Herausforderungen, wenn z. B. einzelne Mitgliedstaaten ein Veto gegen klimapolitische Maßnahmen einlegen (z. B. im Jahr 2012, als Polen ein Veto gegen CO₂ Sparziele einlegte) oder wenn notwendige Abstimmungen aufgrund von partei-internen nationalen Unstimmigkeiten verschoben werden (z. B. im Jahr 2023, als die Abstimmung über das Ende des Verbrennungs-Motors verschoben wurde) (Der Standard, 9.3.2012; Die Tagesschau, 3.3.2023). Dennoch gilt für internationale wie auch europäische klimapolitische Gesetzgebungen, dass die Umsetzung primär auf der staatlichen Ebene erfolgt. Die Bedeutung der lokalen politischen Ebene – die Städte und Gemeinden, als kleinste politische Einheiten, umfasst – ist dabei deutlich unterbelichtet und selten Gegenstand einer wissenschaftlichen Analyse. Denn während ein Rechnungshofbericht (2021) beispielsweise gezeigt hat, dass vielfältige Unterschiede in der lokalen Klimapolitik in Österreich existieren, besteht wenig Klarheit darüber, wie diese Heterogenität erklärt werden kann.

Diese Studie nimmt diese Diversität von Klimapolitik auf lokaler Ebene in Österreich als Ausgangspunkt, um nach potenziellen Erklärungen für diese Unterschiede zu suchen und stützt sich dabei auf Teilergebnisse meiner Masterarbeit, die im Jahr 2022 unter der Betreuung von Gabriele Spilker an der Universität Salzburg entstanden ist. Bei der Betrachtung wissenschaftlicher Arbeiten fällt hierbei auf, dass in der Forschung lokale Unterschiede in der Klimapolitik kaum für den europäischen Raum untersucht wurden. Stattdessen widmeten sich zahlreiche Studien dem lokalen Klimaschutz in den USA (z. B. Fisher 2013; Gurney et al. 2021) oder es wurden Fallstudien für Städte erarbeitet (z. B. Connolly et al. 2013). In Anbetracht der Tatsache, dass BürgermeisterInnen in Österreich als wichtigste lokale Exekutivorgane fungieren (Reindl 2017), wurden in der Studie BürgermeisterInnen (n = 244) in den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und dem Burgenland zum Themenfeld Klimapolitik (quantitativ) befragt. Dabei ging es insbesondere um die Bedeutung von Klimainitiativen (wie z. B. „Agenda 21“, „e5 Programm“, „Klimabündnis“, „Klima-und Energie-Modellregion“, „klimaaktiv“) für die lokale Klimapolitik. Während in der Masterarbeit verschiedene statistische Kausalzusammenhänge vor dem Kontext von Klimapolitik überprüft wurden, fokussiert sich dieser Beitrag auf mögliche kontextuelle Erklärungsfaktoren für die unterschiedliche Relevanz von Klimainitiativen in Städten und Gemeinden. Darüber hinaus und vor dem Hintergrund der Problematik rund um „Trittbrettfahrer“ (Schubert/Klein 2020) lieferten offene Fragen zu realisierten kommunalen Klimaprojekten weitere

Einsicht in den Stellenwert von institutionalisierten Klimainitiativen für die lokale Klimapolitik bzw. auch zur Realisierung von klimapolitischen Maßnahmen jenseits von (institutionalisierten) Klimainitiativen.

In einem ersten Schritt geht es jedoch zunächst darum, einen theoretischen Rahmen zu schaffen, um im Anschluss Handlungsfelder und Grenzen der lokalen Klimapolitik in Österreich zu identifizieren. Schließlich werden im empirischen Teil des Beitrags die wesentlichen Ergebnisse der Studie zusammengetragen, um insbesondere zu explorieren, welche Rolle Klimainitiativen in der lokalen Klimapolitik spielen und welche kontextuellen Faktoren einen Einfluss auf deren Relevanz haben, welche Muster aber auch Unterschiede in der lokalen Klimapolitik ausmachbar sind und wie BürgermeisterInnen Klimawandel als Herausforderung einschätzen. Die Interpretation der Daten geschieht dabei mit besonderem Fokus auf die Ergebnisse für die lokale Ebene in Salzburg ($n^1 = 38$).

2. THEORETISCHE KONTEXTUALISIERUNG: LOKALE KLIMAPOLITIK ZWISCHEN AGENDA-SETTING UND TRITTBRETTFAHRERVERHALTEN

Ausgehend von einem basalen Verständnis von Politik als *policy* (den Inhalten), *politics* (den Prozessen) und *polity* (den Institutionen) umfasst Klimapolitik zunächst nicht nur politische Inhalte (in Form von Gesetzen, Richtlinien, Erlässen, Bekenntnissen etc.), sondern auch Prozesse, die im Rahmen von Klimapolitik geschehen, und letztlich (formelle und informelle) Institutionen, die sich der Klimapolitik verschreiben. Demnach ist Klimapolitik, sei es auf der internationalen, der nationalen oder der lokalen Ebene, nicht als abgeschlossenes Produkt zu denken – Klimapolitik ist vielmehr kontinuierlich im Flux und wird innerhalb der (internationalen, nationalen und lokalen) Politik verhandelt, in Inhalte gegossen und institutionalisiert. Klimapolitik, als Prozess des ständigen Aushandelns, wird gleichermaßen von vielfältigen Einflussgrößen (Variablen) beeinflusst: Schreurs (2008) konnte beispielsweise zeigen, dass lokale politische Einheiten als Pioniere aktiv werden können. Inwiefern dieser Prozess (dys-)funktional ist und Gemeinden und Städte diese Rolle der „kritischen Agenda-Setzer“ wahrnehmen, hängt u. a. davon ab, ob politische Führungskräfte pro-aktiv handeln und politische Institutionen diesen Prozess fördern. In diesem Zusammenhang wurden auch Klimainitiativen (wie z. B. „Agenda 21“) genannt, die im Sinne eines Bottom-up-Prozesses aus den lokalen Anstrengungen entstehen aber weitere lokale AkteurInnen (Städte, Gemeinden, Organisationen) dazu einladen, klimapolitisch aktiv zu werden. Obwohl (lokale) Klima-Initiativen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung als relevante Institutionen identifiziert wurden (Toly 2008; Fünfgeld 2015), bleibt unklar, inwiefern diese Zusammenschlüsse dazu beitragen

(anthropogenen) Klimawandel einzudämmen, oder die lokale Politik nur zu oberflächlichen Bekenntnissen verführen, ohne Wirkung zu erzeugen (siehe theoretisches Konzept des „Trittbrettfahrers“; Schubert & Klein 2020) (Fünfgeld 2015, 71).

Unabhängig davon argumentierten Dannevig et al. (2012, 599), dass diese (lokalen) Initiativen Städte und Gemeinden im Prozess der Klima-Adaption unterstützen. Das Konzept der „Klimawandel-Adaption“ hebt hervor, dass Klimapolitik als Ablauf zu sehen ist, wobei die AutorInnen hier auf Sabatier (2007) referierten und Klimawandel-Adaption als einen viergliedrigen Prozess beschrieben haben, der sich aus einer Problemdefinition (1), der Formierung einer Agenda (2), einer *policy*-Generierung (3) und einer Implementation (4) zusammensetzt. Während sich u. a. Schreurs (2008) und Dannevig et al. (2012) mit institutionellen Variablen (wie z. B. der finanziellen Lage in Gemeinden) beschäftigten, um die Heterogenität von lokaler Klimapolitik zu untersuchen, setzten sie sich weniger mit parteipolitischen Einflussgrößen auseinander. Andere Arbeiten (Gemenis 2012; Fisher et al. 2013; Fuksiewicz/Klein 2014; Dunlap et al. 2016; Lockwood 2018) konnten jedoch zeigen, dass politische Ideologie eine Rolle spielt, wenn es um Differenzen in (lokaler) Klimapolitik geht. Studien in den USA haben z. B. herausgefunden, dass PolitikerInnen, die der Republikanischen Partei angehören, weniger wahrscheinlich für Klimaschutzmaßnahmen votieren (z. B. Dunlap et al. 2016). Nicht zuletzt aufgrund der steigenden Relevanz von rechtspopulistischen Parteien widmeten sich einige Studien dem Verhältnis von Rechtspopulismus und Klimawandel (Gemenis 2012; Fuksiewicz/Klein 2014; Lockwood 2018) und konnten einen latenten Klima-Skeptizismus ausmachen. Durch die Analyse der Wahlprogramme der letzten Nationalratswahl im Jahr 2019 in Österreich kam die österreichische Umweltschutzorganisation „Global 2000“ gleichermaßen zu dem Ergebnis, dass Klimaschutz von den österreichischen Parteien unterschiedlich gesehen und behandelt wird. Während die „Grünen“ Klimaschutz in das Zentrum ihres Wahlprogramms gestellt haben, waren die Klimaziele der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) nicht mit den „Pariser Klimaschutzabkommen“ vereinbar. Die „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ (SPÖ) und die Partei „Das Neue Österreich und Liberale Forum“ (NEOS) setzten wiederum andere Schwerpunkte. So waren für die SPÖ u. a. Investitionen in den öffentlichen Verkehr unerlässlich. Die NEOS haben sich andererseits für eine bundesweite Strategie für Flächennutzung stark gemacht. Die „Österreichische Volkspartei“ (ÖVP) stellte im Wahlprogramm schließlich Forschung und Innovation in den Mittelpunkt und hat im Wahlprogramm des Jahres 2019 eine CO₂-Steuer noch klar abgelehnt (Global 2000, 2019).¹ Andere Arbeiten konzentrierten

1 Heute stellt die CO₂-Bepreisung ein Kernstück der ökosozialen Steuerreform dar, die im Jahr 2021 von der Schwarz-Grünen Regierungskoalition präsentiert wurde und seit Oktober 2022 in Kraft ist (WKO 2023).

sich wiederum auf soziopolitische und institutionelle Erklärungen (z. B. Dannevig et al. 2012; Purdon 2015) oder soziodemografische Merkmale (z. B. Milfont et al. 2015; Hornsey et al. 2016; Lewandowsky/Oberauer 2016; Ramstetter/Habersack 2019) der handelnden politischen AkteurInnen, um Unterschiede in der (lokalen) Klimapolitik zu erklären.

3. LOKALE KLIMAPOLITIK IN ÖSTERREICH: HANDLUNGSFELDER UND GRENZEN

Nachdem im vorhergehenden Kapitel ein theoretischer Rahmen, losgelöst von nationalen Gesetzgebungen, geschaffen wurde, folgt nun eine kurze Aufarbeitung der Möglichkeiten und Grenzen der lokalen österreichischen Klimapolitik: Gemeinden und Städte stellen in Österreich die kleinsten, sich selbst verwaltenden politischen Einheiten dar. Die Aufgabenbereiche von Städten und Gemeinden differenzieren sich dabei in den eigenen und den übertragenen Wirkungsbereich. Obwohl Klimapolitik nun weder im eigenen noch im übertragenen Wirkungsbereich explizit gemacht wird, lässt sich feststellen, dass vielerlei Wirkungsbereiche klimapolitische Maßnahmen erlauben, wenn beispielsweise Gemeindefinanzen für Klima-freundliche Projekte genutzt werden, Straßenerrichtungen mit Begrünungsmaßnahmen einhergehen, die örtliche Raumplanung darauf fußt, weniger Boden zu versiegeln, in der infrastrukturellen Erhaltung von Schulen auf nachhaltige Energieversorgung gesetzt wird usw. (Verwaltungsakademie des Bundes 2020, 6–7).

Darüber hinaus darf die (bereits angesprochene) Rolle von (lokalen) Klimainitiativen nicht außer Acht gelassen werden, wobei in Österreich verschiedenste Möglichkeiten existieren: Gemeinden können sich beispielsweise im Rahmen der Initiativen „klimaaktiv“ (BMK 2023), der „Initiative Agenda 2030“ mit ihren „Sustainable Development Goals“ (BKA 2019; BKA 2020), dem „Klimabündnis Österreich“ (Klimabündnis Österreich 2024), der Aktion „Klima- und Energie-Modellregion“ (KEM) (Klima- und Energiefonds 2023a), dem „e5 Programm“ (e5 Österreich 2023) etc. engagieren. Ob und inwiefern (finanzielle) Ressourcen für klimapolitische Ziele eingesetzt werden bzw. sich eine Gemeinde/Stadt innerhalb einer Klimainitiative einsetzt, hängt auf kommunaler bzw. lokaler Ebene ebenso von mehreren politischen Institutionen bzw. dem Austarieren dieser Institutionen (wie Gemeinderat, Gemeindevorstand, BürgermeisterIn) ab (Verwaltungsakademie des Bundes 2020; Bundesministerium für Finanzen 2023). Für die vorliegende Studie wurden BürgermeisterInnen in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und dem Burgenland befragt. Als geschäftsführendes Organ der Gemeinde vertritt die/der BürgermeisterIn die Gemeinde nicht nur nach außen und gilt als „Gesicht der Gemeinde“, der/dem BürgermeisterIn obliegt auch die gesamte Leitung und Beauf-

sichtigung der Gemeindeverwaltung, sodass die/der BürgermeisterIn als Kopf des lokalen-politischen Systems gesehen werden kann (Reindl 2017). Die methodische Wahl, BürgermeisterInnen (mithilfe eines Online-Fragebogens) zu befragen, ging darüber hinaus auf die Annahme zurück, dass BürgermeisterInnen eine Vorbildfunktion für BürgerInnen erfüllen können, indem sie z. B. Klimaschutz auf der kommunalen/städtischen Agenda priorisieren. Diese besagte Vorbildfunktion kann u. a. damit begründet werden, dass lokalen PolitikerInnen häufig mehr Vertrauen (seitens der Bevölkerung) entgegengebracht wird als nationalen/europäischen PolitikerInnen, was insbesondere auf BürgermeisterInnen zutrifft (Bertelsmannstiftung 2019; TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH 2011; Österreichischer Gemeindebund 2021b).

Rekurrierend auf die bereits mehrmals angesprochene Bedeutung von (lokalen) Klimainitiativen für die kommunale Klimapolitik, galt es in dieser Studie zu überprüfen, welche Faktoren einen Einfluss auf die Relevanz eben dieser Initiativen haben, wobei hier unter anderem die Anzahl der Mitgliedschaften (in Klimainitiativen) zur Untersuchung stand. Getestet wurde, ob ein Zusammenhang zwischen der Parteizugehörigkeit der/des BürgermeisterIn (als unabhängige Variable; siehe z. B. Gemenis 2012; Fisher et al. 2013; Fuksiewicz/Klein 2014; Dunlap et al. 2016; Lockwood 2018) und weiteren institutionellen und soziopolitischen Variablen (als unabhängige Variablen, siehe z. B. Dannevig et al. 2012; Purdon 2015) und der Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen existiert. Die Hypothesen lauteten in diesem Zusammenhang:

- H1: Die Parteizugehörigkeit von BürgermeisterInnen hat einen Einfluss auf die Anzahl der Klimainitiativen, bei denen die Gemeinde/Stadt Mitglied ist.
- H2: Je höher der Stimmenanteil der Grünen (in der Gemeinde/Stadt) bei der letzten Nationalratswahl (2019), desto höher ist die Anzahl der Klimainitiativen, bei denen die Gemeinde/Stadt Mitglied ist.
- H3: Je höher die Einnahmen pro Kopf in einer Gemeinde/Stadt sind, desto höher ist die Anzahl der Klimainitiativen, bei denen die Gemeinde/Stadt Mitglied ist.

Vor dem Hintergrund des in vielen Studien bestätigten Zusammenhangs der Parteizugehörigkeit der handelnden politischen AkteurInnen und des politischen Handelns hinsichtlich Klimapolitik (Gemenis 2012; Fisher et al. 2013; Fuksiewicz/Klein 2014; Dunlap et al. 2016; Lockwood 2018) wurde überdies getestet, ob die Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen einen Einfluss auf deren Einschätzung von Klimawandel hat. Konkret wurde untersucht, inwiefern BürgermeisterInnen Klimawandel als Herausforderung (im Verhältnis zu anderen lokalen Problemfeldern wie z. B. der Finanzlage, der Digitalisierung, der Abwanderung etc.) wahrnehmen. Die diesbezügliche Hypothese lautete:

- H4: Die Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen hat einen Einfluss auf die Wahrnehmung von Klimawandel als Herausforderung.

Da eine Mitgliedschaft in einer Klimainitiative nicht mit einer „aktiven Mitgliedschaft“ bzw. der pro-aktiven Maßnahmensetzung im Sinne der Klimapolitik einhergehen muss (Fünfgeld 2015), wurden die BürgermeisterInnen (n = 244) schließlich auch nach bereits realisierten Maßnahmen im Bereich der Klimapolitik gefragt, um hier qualitative Einsichten zu erhalten.

4. FORSCHUNGSDESIGN

Mit Blick auf die Stichprobe stellt sich die Frage, warum BürgermeisterInnen in den Bundesländern Salzburg, Oberösterreich, dem Burgenland und Kärnten (N=860) befragt wurden. Hier waren einige grundlegende Faktoren ausschlaggebend: Die Berücksichtigung dieser Länder ermöglichte es, eine nördliche (Oberösterreich), eine östliche (Burgenland), eine südliche (Kärnten) und eine eher westliche (Salzburg) Region zu vergleichen. Weiters lassen sich signifikante Differenzen in der Bevölkerungsgröße ausmachen (Statistik Austria 2023). Ein relevanter Aspekt war außerdem, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den jeweiligen Bundesländern stark variiert (WKO 2022). Außerdem ergibt sich durch die Betrachtung der Gemeinden in Oberösterreich, Salzburg, Burgenland und Kärnten eine bedeutende Streuung in Bezug auf die parteipolitische Varianz der BürgermeisterInnen. Denn während in Kärnten und dem Burgenland BürgermeisterInnen mehrheitlich Mitglied der SPÖ sind, dominiert in Oberösterreich und Salzburg die ÖVP auf Gemeinde- bzw. BürgermeisterInnen-Ebene (Stand 2022) (ORF Burgenland, 29.10.2017; Bezirksrundschau, 10.10.2021; Land Oberösterreich 2021; Salzburger Volkspartei 2021; Land Burgenland 2020; Freiheitliche Partei Österreichs Landesgruppe Oberösterreich 2021; Kurier, 28.1.2021; Land Kärnten 2022; SPÖ Salzburg 2022; Amt der Kärntner Landesregierung 2024; Amt der OÖ. Landesregierung 2024; Land Burgenland 2024; Land Salzburg 2024a). Letztlich zeigen die Ergebnisse der letzten Nationalratswahlen 2019, dass die Grünen-WählerInnenschaft in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und dem Burgenland variiert: Denn in Salzburg und Oberösterreich war das Grünen-WählerInnensegment mit jeweils rund 12,6 Prozent (Salzburg) bzw. 13,7 Prozent (OÖ) größer als in Kärnten (rund 9,5 Prozent) oder dem Burgenland (rund 8,1 Prozent) (BMI 2019). In der Studie galt dahingehend die Annahme, dass die Größe des Grünen-WählerInnen-Segments einen Einfluss auf die Bedeutsamkeit von Klimapolitik auf der lokalen Ebene hat. Quantitative Daten aus der Online-BürgermeisterInnen-Befragung, die im Februar 2022 erfolgt ist, erlaubten kombiniert mit qualitativen Daten (offene Fragen in der Befragung) tiefergehende Einsichten in klimapolitische

Maßnahmen auf der lokalen Ebene, um hier die Bedeutung von Klimainitiativen weiter einordnen zu können. Während die Hypothesen durch bivariate Tests überprüft wurden, waren es gerade die qualitativen Daten aus dem Fragebogen, die es ermöglichten, Muster, aber auch Besonderheiten in der lokalen Klimapolitik ausmachen zu können. Schließlich waren es auch jene Fragen, die vor dem Hintergrund der Fokussierung auf Salzburger Gemeinden von besonderer Relevanz waren und die im nun folgenden empirischen Abschnitt Schritt für Schritt aufgearbeitet werden.

5. EMPIRIE: LOKALE KLIMAPOLITIK IN SALZBURG, OBERÖSTERREICH, KÄRNTEN UND DEM BURGENLAND

In Anbetracht der Tatsache, dass es keinen Datensatz gibt, der österreichische Gemeinden und Städte systematisch bezüglich ihres klimapolitischen Handelns vergleicht, wurde eine quantitative Online-Befragung durchgeführt. Der standardisierte Online-Fragebogen enthielt 15 Fragen, die zum Ziel hatten, eine erste Einsicht in die lokale Klimapolitik der jeweiligen Gemeinden/Städte zu geben. Außerdem und mit Blick auf die zentrale Rolle von BürgermeisterInnen in der lokalen politischen Administration galt es, deren Einschätzungen zum Thema Klima-Schutz und -Politik zu erheben. Obwohl die bivariate Analyse rund um potenzielle Einflussfaktoren auf das Mitwirken in Klimainitiativen im Mittelpunkt der Analyse stand, ist es zu Beginn unabdingbar, einen grundlegenden Einblick in die Rücklaufquote der quantitativen Befragung der BürgermeisterInnen zu geben. In einem nächsten Schritt erfolgt die Überprüfung der postulierten Hypothesen. Die qualitativen Daten aus dem Fragebogen werden hier als Ergänzung herangezogen, um auf der einen Seite einen detaillierteren Einblick in lokale klimapolitische Maßnahmen zu erlangen. Auf der anderen Seite können die qualitativen Daten Abhilfe schaffen, um zu evaluieren, inwiefern die „Trittbrettfahrerproblematik“ (Schubert/Klein 2020) auch hinsichtlich der Mitgliedschaft in Klimainitiativen evident wird. Parallel dazu wird ein näherer Blick auf die Befunde für die Salzburger Gemeinden geworfen. Ziel ist es am Ende, die Rolle von Klimainitiativen einordnen zu können und hier potenzielle Einflussfaktoren statisch zu testen. Gleichmaßen werden Muster und/oder Eigenheiten der lokalen Klimapolitik untersucht und mit Blick auf die theoretische Kontextualisierung interpretiert.

5.1 Rücklaufquote der Befragung der BürgermeisterInnen in Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und dem Burgenland

Da sich die Grundgesamtheit der Studie aus Gemeinden/Städten in Oberösterreich, Salzburg, Burgenland und Kärnten ($N = 860$, entspricht rund 41,08 Prozent der

Gesamtanzahl österreichischer Gemeinden) zusammengesetzt hat, haben 860 BürgermeisterInnen eine E-Mail-Einladung zur Teilnahme an der Studie erhalten. Die Anzahl der TeilnehmerInnen in der Studie betrug 244 BürgermeisterInnen, was wiederum einer Rücklaufquote von 28,37 Prozent entspricht. Da sich der Fragebogen explizit klimapolitischen Maßnahmen auf der lokalen Ebene gewidmet hat, muss jedoch beachtet werden, dass wohl vermehrt BürgermeisterInnen geantwortet haben dürften, die klimapolitisch aktiv sind. Unter Berücksichtigung der Verteilung nach Bundesländern haben 144 BürgermeisterInnen aus Oberösterreich (32,87 Prozent aller BürgermeisterInnen in Oberösterreich), 38 BürgermeisterInnen aus Salzburg (31,93 Prozent aller BürgermeisterInnen in Salzburg), 35 BürgermeisterInnen aus dem Burgenland (20,46 Prozent aller BürgermeisterInnen im Burgenland) und 27 BürgermeisterInnen aus Kärnten (20,45 Prozent aller BürgermeisterInnen in Kärnten) an der Online-Umfrage teilgenommen. Die Antworten von 244 BürgermeisterInnen bildeten somit die Datengrundlage, wobei es nachfolgend darum gehen soll, wer diese 244 BürgermeisterInnen waren (Stand 1. Jänner 2022; Österreichischer Gemeindebund 2022).

Wenig überraschend ist zunächst, dass die meisten BürgermeisterInnen, die an der Umfrage teilgenommen haben, aus Oberösterreich kommen. Diese Tatsache geht auf die vergleichsweise hohe Anzahl an oberösterreichischen Gemeinden ($n = 438$) in der Grundgesamtheit ($N=860$) der Studie zurück. Darüber hinaus ist die Zahl der Bürgermeisterinnen, die an der Online-Umfrage teilgenommen haben, gering. In den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Burgenland und Kärnten üben 79 Frauen (Stand: Mai 2022) das Amt als Bürgermeisterin aus, was einem Anteil von rund 9,18 Prozent aller BürgermeisterInnen entspricht. In dieser Studie haben wiederum 23 Frauen an der Befragung teilgenommen, was eine Rücklaufquote von rund 29,11 Prozent der Bürgermeisterinnen ergibt. Unabhängig vom Geschlecht war fast die Hälfte (47,13 Prozent) jener BürgermeisterInnen, die an der Befragung teilgenommen haben, zwischen 51 und 60 Jahre alt. Überdies haben die meisten BürgermeisterInnen eine Lehre abgeschlossen (25,82 Prozent aller BürgermeisterInnen). Insgesamt ist der Bildungshintergrund der BürgermeisterInnen ($n = 244$) jedoch sehr heterogen. Die Antworten unterstreichen außerdem, dass die meisten BürgermeisterInnen (insgesamt 161 BürgermeisterInnen) nicht nur das Amt als BürgermeisterIn ausüben, sondern daneben auch berufstätig sind.

Ein weiterer wenig überraschender Befund ergibt sich aus der zahlenmäßigen Dominanz der BürgermeisterInnen, die der ÖVP angehören. Nimmt man die der ÖVP angehörenden BürgermeisterInnen in Oberösterreich, Salzburg, Burgenland und Kärnten (als Grundgesamtheit) zusammen, so sind 540 BürgermeisterInnen Mitglied der „Volkspartei“. Von diesen 540 Personen haben 166 an der Online-Befragung teilgenommen, was 30,74 Prozent aller ÖVP-BürgermeisterInnen entspricht. Im Vergleich dazu sind weniger als die Hälfte ($= 242$) der Bürgermeiste-

rInnen in der Grundgesamtheit Mitglied der SPÖ. Von diesen hat rund ein Viertel (24,79 Prozent) die Online-Umfrage zur lokalen Klimapolitik beantwortet. Ebenso beantwortete rund ein Viertel (24,13 Prozent) aller BürgermeisterInnen (insgesamt 7 BürgermeisterInnen) der FPÖ die Fragen. In der Grundgesamtheit gibt es nur einen Bürgermeister, der den Grünen angehört und der an der Umfrage teilgenommen hat. Schließlich gehören in den vier Bundesländern 48 BürgermeisterInnen keiner etablierten politischen Partei an, sondern sind Teil einer (Namens-)Liste, eines Zusammenschlusses verschiedener Parteien oder einer lokalen Initiative. An der Umfrage haben wiederum zehn BürgermeisterInnen teilgenommen, die keiner im Nationalrat vertretenen Partei angehören, was 20,83 Prozent entspricht.²

Tabelle 1: Rücklauf nach Partei (n = 244)

Parteien	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	Andere	Insgesamt
BürgermeisterInnen in Oberösterreich, Kärnten, Salzburg und dem Burgenland	540 (62,79 %)	242 (28,13 %)	29 (3,37 %)	1 (0,11 %)	48 (5,58 %)	860 (100 %)
Rücklauf BürgermeisterInnen	166 (30,74 %)	60 (24,79 %)	7 (24,13 %)	1 (100 %)	10 (20,83 %)	244 (28,37 %)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein/e typische/r BürgermeisterIn, die/der an der Umfrage teilgenommen hat, folgende Merkmale aufweist: er/sie

- ist BürgermeisterIn in einer oberösterreichischen Gemeinde/Stadt,
- ist männlich;
- ist zwischen 51 und 60 Jahre alt;
- hat eine abgeschlossene Lehre;
- ist nicht nur BürgermeisterIn, sondern zudem berufstätig;
- gehört der „Österreichischen Volkspartei“ (ÖVP) an.³

5.2 Rolle von Klimainitiativen auf der lokalen Ebene in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und dem Burgenland

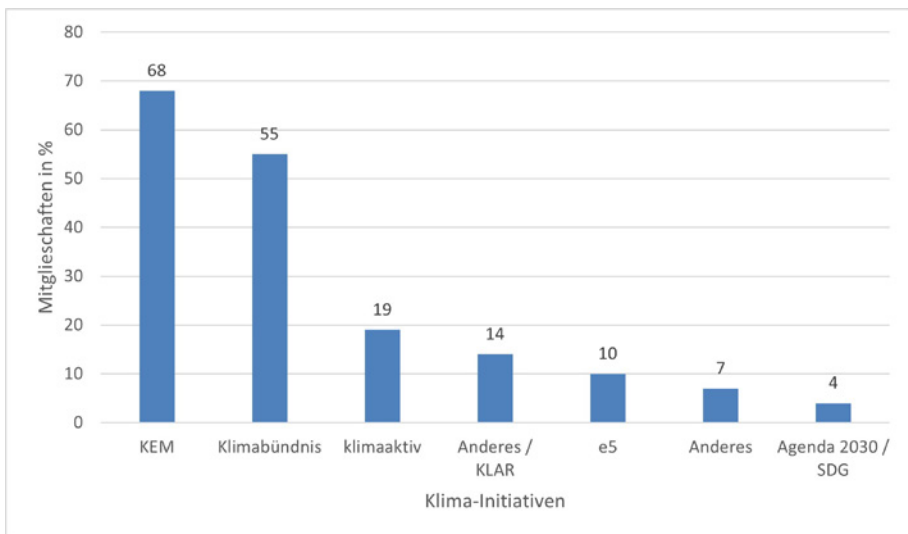
Zunächst wurde untersucht, an welchen Klimainitiativen sich die Gemeinden und Städte beteiligen. Neben der Auswahl zwischen fünf populären Initiativen („Klima-

² Parteimitgliedschaft der BürgermeisterInnen: Die Daten zur Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen wurden im Frühjahr 2022 (zum Zeitpunkt des Verfassens der MA-Arbeit) gesammelt.

³ Beschreibung auf der Grundlage von (relativen) Häufigkeiten.

und Energie-Modell-Region“ (KEM), „klimaaktiv“, „Initiative Agenda 2030“ und „Sustainable Development Goals“, „Klimabündnis Österreich“ und „e5-Programm“) hatten die BürgermeisterInnen die Möglichkeit, weitere Mitgliedschaften anzugeben. Während eine Mitgliedschaft nicht unbedingt aktive Schritte in Richtung Klimaschutz auf lokaler Ebene bedeutet (vgl. „Trittbrettfahrerproblematik“), bestand die Annahme, dass es ein erster Schritt ist, um auf lokaler Ebene Maßnahmen zum Klimaschutz zu setzen. Außerdem war es von Interesse, zu welchem Zeitpunkt sich die lokalen politischen Einheiten dazu entschieden haben, Ressourcen (zeitlich, finanziell usw.) in institutionalisierte Programme zum Klimawandel zu investieren. Insgesamt sind die meisten Gemeinden und Städte in der Stichprobe ($n = 244$) Teil einer institutionalisierten Klimainitiative. Von den 244 Gemeinden und Städten sind nur 14 kein Mitglied einer Klimainitiative. Somit sind 94,26 Prozent der Gemeinden und Städte in der Stichprobe Teil einer bzw. mehrerer Klimainitiativen, wobei das Programm „Klima- und Energie-Modell-Region“ (KEM) des Klima- und Energiefonds und das „Klimabündnis Österreich“ besonders prominent zu sein scheinen. Letzteres bestätigt auch das folgende Säulendiagramm (Abb. 1), das die relativen Häufigkeiten der Mitgliedschaften in den oben angeführten Initiativen abbildet.

Abbildung 1: Relative Häufigkeiten in Klimainitiativen ($n = 244$)



Überdies sind Mehrfachmitgliedschaften keine Seltenheit: 106 von 244 Gemeinden/Städten nehmen an einer Klimainitiative teil (= 43,44 Prozent). Zusätzlich sind 64 von 244 Gemeinden/Städten an zwei Initiativen beteiligt (= 26,22 Prozent). Dane-

ben sind 43 Gemeinden in drei Initiativen eingebunden (= 17,62 Prozent). Schließlich gibt es sogar 17 Gemeinden/Städte, die sich an mehr als drei Klimainitiativen beteiligen (= 6,96 Prozent). Auch in den Salzburger Gemeinden/Städten ($n^1 = 38$) kommen Mehrfachmitgliedschaften vor, so sind beispielsweise sieben Gemeinden/Städte Teil von zwei Klimainitiativen, acht Gemeinden sind wiederum sogar Teil von drei Klimainitiativen. Nichtsdestotrotz gilt in diesem Fall, dass eine einzelne Mitgliedschaft am häufigsten vorkommt (in insgesamt 18 Fällen). Außerdem lässt sich feststellen, dass analog zur Grundstichprobe ($n = 244$) Mitgliedschaften in den Salzburger Gemeinden/Städten am häufigsten in den Initiativen „Klimabündnis Österreich“ (insgesamt 13 Mitgliedschaften) und „Klima- und Energie-Modellregion“ (insgesamt 17 Mitgliedschaften) auftreten, wobei jedoch in 13 Fällen die BürgermeisterInnen angegeben haben, dass ihre Gemeinde/Stadt Teil der „Initiative e5“ ist, die Gemeinden im Prozess der Energie- und Klimaschutzmodernisierung unterstützt (e5 2023).

Mit Blick auf die eingangs formulierten Hypothesen und den Einfluss der Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen auf die Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen der jeweiligen Gemeinden und Städte (Hypothese 1) war es möglich, einige Trends auszumachen, die auch in der angeführten Kreuztabelle (Tab. 2) ersichtlich werden. Aufgrund der parteipolitischen Dominanz der ÖVP und der SPÖ auf kommunaler Ebene in Österreich (Österreichischer Städtebund 2024) und auch aufgrund der Dominanz dieser beiden Parteien in der Stichprobe ($n = 244$) wird dabei insbesondere die Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen in SPÖ- und ÖVP-geführten Gemeinden betrachtet.

Tabelle 2: ÖVP- vs. SPÖ-Parteimitgliedschaft der BürgermeisterInnen und Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen ($n = 226$)

Anzahl Mitgliedschaften (AV)	Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen (UV)		Gesamt
	ÖVP	SPÖ	
Anzahl: 0	9	4	13
% von Anzahl der ÖVP- oder SPÖ-BürgermeisterInnen	5,42 %	6,66 %	5,75 %
Anzahl: 1	73	21	94
% von Anzahl der ÖVP- oder SPÖ-BürgermeisterInnen	43,97 %	35,00 %	41,59 %
Anzahl: 2	47	14	61
% von Anzahl der ÖVP- oder SPÖ-BürgermeisterInnen	28,31 %	23,33 %	26,99 %
Anzahl: 3	28	13	41
% von Anzahl der ÖVP- oder SPÖ- BürgermeisterInnen	16,86 %	21,66 %	18,14 %
Anzahl: 4	6	5	11
% von Anzahl der ÖVP- oder SPÖ- BürgermeisterInnen	3,61 %	8,33 %	4,86 %

Anzahl Mitgliedschaften (AV)	Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen (UV)		Gesamt
	ÖVP	SPÖ	
Anzahl: 5 und mehr	3	3	6
% von Anzahl der ÖVP- oder SPÖ- BürgermeisterInnen	1,80 %	5,00 %	2,65 %
Gesamt	166	60	226
	73,45 %	26,54 %	(100 %)

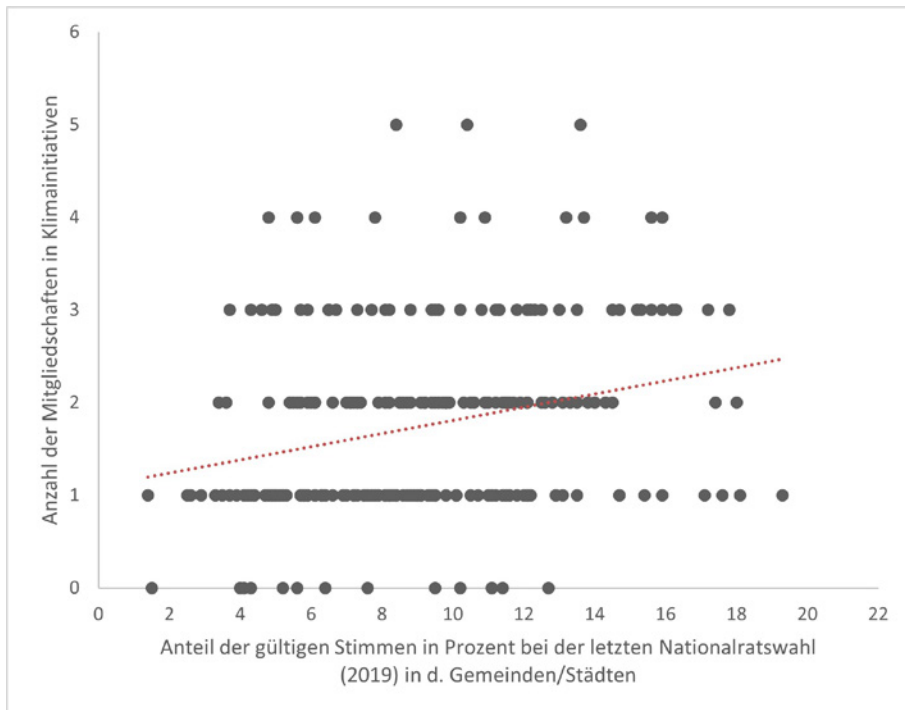
Zunächst gilt es zu beachten, dass bivariate statistische Berechnungen (Zusammenhangsmaß: Cramer's V) ergeben haben, dass kein statistisch signifikanter Zusammenhang ($p > 0,05$) zwischen der Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen (UV) und der Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen (AV) existiert. Auf der anderen Seite veranschaulicht die Kreuztabelle jedoch, dass mit steigender Anzahl an Mitgliedschaften bzw. konkreter ab drei Mitgliedschaften BürgermeisterInnen häufiger der SPÖ angehören. Innerhalb jener Gemeinden, die eine/n SPÖ-BürgermeisterIn ($n = 60$) haben, sind beispielsweise 21,66 Prozent der Gemeinden Mitglied in drei Klimainitiativen. Zum Vergleich: Innerhalb der Gemeinden, die eine/n ÖVP-BürgermeisterIn haben ($n = 166$), sind es ‚nur‘ 16,86 Prozent. Dieser Trend schreibt sich beim Vergleich von ÖVP- und SPÖ-geführten Gemeinden/Städten auch fort, wenn vier, fünf oder mehr Mitgliedschaften betrachtet werden.

Da die Grünen seit jeher Klimaschutz auf ihrer politischen Agenda priorisieren (GRÜNE 2024), wurde in einer weiteren Hypothese überprüft, ob mit steigender Popularität der Grünen auf der lokalen Ebene die Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen steigt. Dazu wurden Daten der letzten Nationalratswahl (2019) herangezogen und der jeweilige Stimmenanteil der Grünen in den Gemeinden und Städten recherchiert.⁴ In diesem Fall galt die Annahme, dass mit steigender Popularität der Grünen sich lokale politische Funktionäre eher dazu veranlasst sehen, Klimainitiativen beizutreten. Auch nach der Eliminierung der Ausreißer im Sample (Leonding, Steinbach an der Steyr und Gallneukirchen), die sich durch eine sehr hohe Anzahl von Mitgliedschaften in Klimainitiativen und/oder den Stimmanteil der Grünen bei der letzten Nationalratswahl (2019) von den anderen Gemeinden/Städten in der Stichprobe ($n = 244$) abheben, bilden statistische Zusammenhangsmaße (Spearman's Rangkorrelation) ab, dass der schwache, positive Zusammenhang zwischen dem Stimmanteil der Grünen bei der letzten Nationalratswahl in Österreich im Jahr 2019 und der Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen in den Gemeinden/Städten ($n = 241$) hoch signifikant ist ($p < 0,001$). Die zweite

4 Da die Grünen als politische Partei in zahlreichen Gemeinden nicht bei den Gemeinderatswahlen angetreten sind, wurde der Anteil der gültigen Stimmen in Prozent bei der letzten Nationalratswahl verwendet.

Hypothese kann somit angenommen werden. Der positive Trend spiegelt sich auch in der Trendlinie wider.

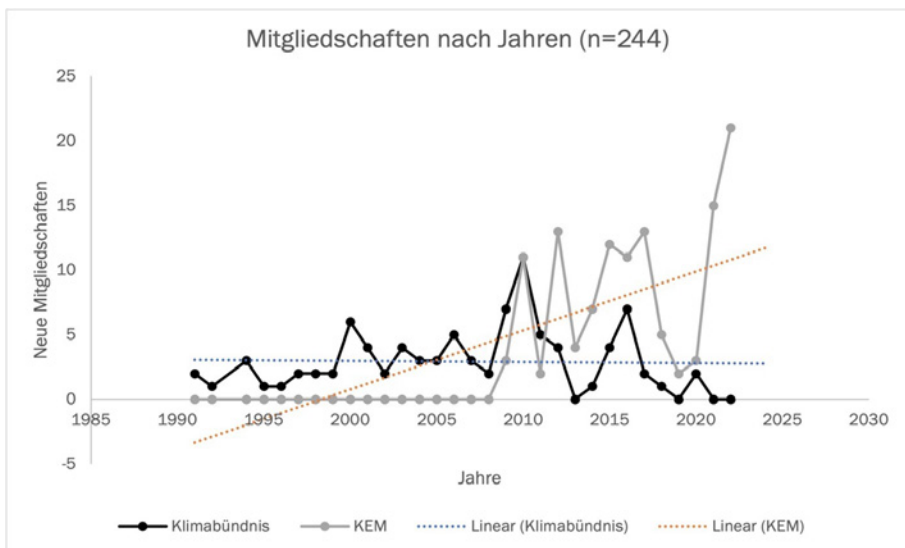
Abbildung 2: Popularität der Grünen und Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen (n = 241)



Letztlich muss die dritte Hypothese, die postuliert hat, dass mit höheren Einnahmen pro Kopf in einer Gemeinde/Stadt die Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen steigt, da mehr finanzielle Ressourcen in der Gemeinde/Stadt verfügbar sind, verworfen werden. Denn der Zusammenhang ist nicht signifikant ($p > 0,05$). Im Hinblick auf den Zeithorizont der verschiedenen Initiativen und die Frage, seit wann sich die Gemeinden/Städte an den verschiedenen Initiativen beteiligen, wurden die beiden populärsten Initiativen („Klimabündnis“ und KEM) innerhalb der Stichprobe (n = 244) näher untersucht. Obwohl das Liniendiagramm (Abb. 3) hier einige Trends illustriert, muss darauf hingewiesen werden, dass dessen Interpretation mit Vorsicht passieren muss, denn es haben nur wenige BürgermeisterInnen die Frage nach den Jahren in den jeweiligen Initiativen beantwortet (94 Antworten für Klimabündnis; 129 Antworten für KEM). Nichtsdestotrotz zeigt die orangefarbene Trendlinie einen

kontinuierlichen Anstieg der Mitgliederzahl in der Initiative „Klima- und Energie-Modellregion“ (KEM), während die blaue lineare Trendlinie veranschaulicht, dass die Mitgliederentwicklung der Initiative „Klimabündnis“ stagniert und sich beinahe als eine horizontale Linie gestaltet. Auch wenn diese unterschiedliche Mitgliederentwicklung nicht Gegenstand dieser Analyse war, kann gerade die unterschiedliche Organisation der KEM-Initiative, die Gemeinden in regionale „Klima- und Energie Modell-Regionen“ zusammenfasst, die wiederum durch eine/n ModellregionsmanagerIn betreut werden, eine mögliche Ursache für diese variierende Entwicklung darstellen. Überdies ist das KEM-Programm wesentlich jünger und wurde 2009 ins Leben gerufen, während die Initiative „Klimabündnis“ bereits im Jahr 1990 und jenseits der nationalen Grenzen Österreichs gegründet worden ist (Klima- und Energiefonds 2022; 2023b; Klimabündnis Österreich 2020; Klimabündnis 2024). Die abweichende Entwicklung der Mitgliedschaften muss jedoch in zukünftigen Studien zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden.

Abbildung 3: Neu-Mitgliedschaften in KEM und dem Klimabündnis nach Jahren



5.3 Lokale Projekte zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Um detailliertere Einsichten in lokale klimapolitische Maßnahmen zu erhalten und auch um die Tragweite von Klimainitiativen auf lokalem Niveau besser einschätzen zu können (Trittbrettfahrerproblematik!), hatten die BürgermeisterInnen im Rah-

men einer offenen Frage die Möglichkeit, drei verschiedene Projekte zu nennen, die sie im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit umsetzen konnten. Die BürgermeisterInnen führten dabei insgesamt 642 Projekte an, wobei durch eine induktive Kategorisierung sieben Überkategorien ausgemacht wurden: (1) Projekte für Photovoltaikanlagen, (2) Projekte gegen Lichtverschmutzung, (3) E-Ladestationen für Fahrräder und Autos, (4) Energetische Optimierung, (5) Biodiversität, Begrünung und nachhaltige Landnutzung, (6) Mobilität und (7) Bewusstseinsbildung.⁵

Von den Salzburger BürgermeisterInnen im Sample ($n^1 = 38$) wurden wiederum 108 Projekte benannt, die sie realisieren konnten. Auffällig ist dabei, dass sich besonders viele Projekte der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen gewidmet haben: Denn innerhalb der 108 Projekte können rund 29,62 Prozent im Bereich von Photovoltaik-Installationen verortet werden, so wurde z. B. oftmals angegeben, dass PV-Anlagen auf Kindergärten/Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden errichtet wurden. Während es innerhalb des Fragebogens nicht möglich war, nach Beweggründen für die realisierten Projekte zum Klimaschutz und der Nachhaltigkeit zu fragen, kann vermutet werden, dass die zahlenmäßige Dominanz von PV-Installationen in den Antworten der BürgermeisterInnen u. a. darauf zurückzuführen ist, dass im Land Salzburg (und auch auf Bundesebene) zahlreiche Möglichkeiten existieren, um die Errichtung von PV-Anlagen finanziell zu fördern (Land Salzburg 2023a). Zusätzlich wurden weitere Projekte realisiert, die der energetischen Optimierung gedient haben und u. a. Trinkwasserkraftwerke errichtet (Leogang, Mittersill), Energiegemeinschaften gegründet (Viehhofen, Wagrain), ein Bekenntnis gegen Öl als Energielieferant geleistet („Raus aus Öl und Gas“) (Goldegg, Faistenau), auf Biomasse als Energielieferant gesetzt (Seeham, Saalfelden) usw. Weiters haben zahlreiche BürgermeisterInnen ausgeführt, dass im Sinne des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit E-Ladestationen für Fahrzeuge errichtet wurden (19 der 108 Projekte). Vor diesem Hintergrund nannten die Salzburger BürgermeisterInnen außerdem die Aufwertung des Rad- und Busverkehrs, E-Car-Sharing, kostenlose Nahverkehrstickets etc., wobei an dieser Stelle gleichermaßen ausgemacht werden kann, dass mannigfaltige Fördermöglichkeiten seitens des Bundes (Förderungsaktion des BMK; Kommunalkredit Public Consulting GmbH, 2023) oder des Landes Salzburg (Land Salzburg 2023a) vorhanden sind. Projekte, die sich Biodiversität, Begrünung und nachhaltiger Landnutzung verschreiben, waren ebenso prominent: So wurde die Begrünung des Ortskerns von einigen BürgermeisterInnen genannt (Hallwang, Mariapfarr, Uttendorf im Pinzgau). Gleichermaßen wurden Begegnungszonen als

5 Obwohl es möglich wäre, die erste Kategorie (zu Photovoltaikanlagen) und die dritte Kategorie (zu E-Ladestationen) in die vierte (energetische Optimierung) bzw. sechste Kategorie (Mobilität) zu integrieren, wurden sie aufgrund der numerischen Kumulation in den Antworten der BürgermeisterInnen als separate Kategorien behandelt.

„Orte des Zusammentreffens“ etabliert (Großarl, Tamsweg). Die Gemeinde Tamsweg, als Teil des Salzburger Lungaus, ist seit 2012 auch Teil des „UNESCO Biosphären-Park Lungau“, der sich als Großschutzgebiet auszeichnet und einzigartige Natur- und Kulturlandschaften repräsentiert (Ferienregion Lungau 2023). Schließlich wurden in zahlreichen Salzburger Gemeinden/Städten Projekte zur Bewusstseinsbildung (z. B. gemeinsam mit Schulen und Kindergärten) verwirklicht und die (Straßen-)Beleuchtung umgestellt (LED-Beleuchtung, solar-betriebene Straßenlaternen, Projekte gegen Lichtverschmutzung etc.).

5.4 Regionale Raumplanung und Klimaschutz

Unter Berücksichtigung der anhaltenden Kontroversen rund um das Thema Bodenversiegelung in Österreich behandelte eine offene Fragestellung das Verhältnis von lokaler Raumplanung und Klimaschutz (Kleine Zeitung, 29.2.2024; SN, 23.8.2023; Kurier, 18.7.2023). Allgemein meint Raumplanung die Gesamtheit der Aktionen und Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Gestaltung des Raums auf der Grundlage politischer Ziele (Gruber et al. 2018, 10). Obwohl Österreich flächen- und bevölkerungsmäßig eher klein ist, verfügt es über eine komplexe und stark ausdifferenzierte Raumplanung. Raumplanung stellt heute eine Querschnittsmaterie dar, für die Behörden auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene zuständig sind. Grundsätzlich liegt die Gesetzgebung zur Raumordnung aber in der Zuständigkeit der einzelnen Bundesländer. Die Gemeinden sind hier ein zentrales Organ, da sie für die örtliche Raumordnung in ihrem eigenen Wirkungsbereich verantwortlich sind, was wiederum bedeutet, dass die Länder nur solche Planungen vornehmen können, die nicht im überwiegenden Interesse der einzelnen Gemeinden liegen (Lienbacher 2010; Dollinger 2018; Gruber et al. 2018, 10–11; 2021; WKO 2019). Angesichts dieser Komplexität war es unabdingbar, den BürgermeisterInnen die Möglichkeit zu geben, sich offen zu äußern, und sie zu fragen, wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit in die lokale Raumplanung integriert werden. Während es viele Gemeinsamkeiten in den Antworten der BürgermeisterInnen gab, zeichneten sich auch einige Eigenheiten ab, wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der lokalen Raumplanung geltend gemacht werden. Letzteres hebt die folgende Zusammenschau einmal mehr hervor, die beispielhaft unterschiedliche Strategien der Einbeziehung von Klimaschutz in die Raumplanung veranschaulicht:

- Zusammenarbeit mit Klimainitiativen zur Realisierung von Projekten (Zillingtal, Gafflenz)
- Anhörung eines ExpertInnenrates zur Integration von Klimaschutz und Nachhaltigkeit in die Raumplanung (St. Stefan Afiesl, Linz, Grein an der Donau)
- Heizungsgenossenschaften (Putzleinsdorf)

- Aktive Einbindung der BürgerInnen zur Gestaltung eines nachhaltigen zukünftigen Zusammenlebens in der Gemeinde (Timelkam, Schattendorf, Unterweißenbach, Gafrenz)
- Investitionen in die Revitalisierung von Brachflächen (Schwanenstadt, Ferlach)
- Umwidmungen an Bedingungen knüpfen, z.B. für Technologieunternehmen (Leonding)
- Ausweisung von Landschaftsvorrangzonen, Naturschutzgebieten, geschützten Landschaftsteilen, Schutz von landwirtschaftlichen Vorrangflächen, Grünzungen, Uferschutzzonen und Waldgebieten (Braunau)
- Mehrgeschoßwohnungen anstelle von Einfamilienhäusern (Neudörfel) und verdichtete Baugebiete (Schleißheim)
- Zusammenlegung von Gemeinden bei der Errichtung neuer Infrastruktur (dadurch wird weniger Bauland benötigt) (Arbing) und Mehrfachnutzung von öffentlichen Räumen (z. B. durch Vereine) (Gschwandt)
- Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen (Straßwalchen, Nußbach)

Auf der anderen Seite sehen BürgermeisterInnen Probleme bei der Realisierung einer nachhaltigen und klimaschonenden lokalen Raumplanung, wenn sie beispielsweise befürchten, zu einer Abwanderungs-Gemeinde zu werden, wenn Grund und Boden nicht umgewidmet werden und Wohnraum geschaffen wird. Subsumierend lässt sich feststellen, dass Raumplanung vielfältige Bezüge zur Klimapolitik und Klimaschutz hat, wobei sich die Maßnahmen nicht nur auf die Flächennutzung beschränken, sondern diese Materie auch Bereiche wie Energieverbrauch, Begrünung, Bewusstseinsbildung etc. berührt. Überdies kann es aufgrund des komplexen Zusammenspiels verschiedener politischer Ebenen zu Konflikten kommen, wenn Länder z. B. die Umwidmung von Flächen nicht genehmigen. Diese Probleme scheinen insbesondere Gemeinden zu betreffen, die durch Abwanderung herausgefordert sind. Schlussendlich lässt die Neu-Erarbeitung von insgesamt 23 Raumordnungsplänen/-konzepten, die stärker auf Klimaschutz setzen wollen, in der Gesamtstichprobe (n = 244) den Eindruck entstehen, dass sich die BürgermeisterInnen der Folgen einer starken Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung bewusst sind und hier aktiv klimapolitische Maßnahmen setzen wollen.

Letzteres kann ebenso für viele Salzburger Gemeinden festgestellt werden. So wurde zum Zeitpunkt der Datenerhebung in zehn von 38 Gemeinden das räumliche Entwicklungskonzept überarbeitet und adaptiert, wobei in den Schilderungen der BürgermeisterInnen deutlich wurde, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle spielen, wenn z. B. verdichtet gebaut wird, um weniger Boden zu versiegeln, klimaschonende Energiequellen gefördert werden, Umweltprüfungen erfolgen usw. (z. B. Werfen, Strobl, Lend, Mittersill). Gleichzeitig konstatierten auch Salzburger BürgermeisterInnen Problemlagen: Denn obwohl die Salzburger

BürgermeisterInnen Mobilität und eine Energiewende als fundamentale Aspekte eines klimafreundlichen Raum- und Entwicklungskonzepts ausgemacht haben, gab es auch Konflikte, z. B. wenn PV-Anlagen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen und Windkraftanlagen seitens der Bevölkerung kritisch gesehen werden. Simultan tun sich Herausforderungen auf, wenn der notwendige Grund und Boden fehlt, um Rad- und Fußwege in Gemeinden zu errichten (siehe z. B. Hallwang, Faistenau). Zuletzt gilt auch in den Salzburger Gemeinden, dass sich die (örtliche) Raumplanung als komplexer politischer Prozess gestaltet, der nicht nur zahlreiche klimapolitische Aspekte berührt, sondern auch zahlreiche AkteurInnen jenseits der politischen Arena (Unternehmen, BürgerInnen mit Bauwunsch, LandwirtInnen etc.), von der örtlichen Raumplanung betroffen sind. Strategien, um hier Konflikte gezielt zu vermeiden, können sich beispielsweise in Form von Kooperationen gestalten. So initiierte die Salzburger Gemeinde Lend beispielsweise das Projekt „Zukunft Lend“, das alle ortsansässigen Firmen zusammenführte, um Klimaschutz und Nachhaltigkeit neu und mitzudenken (Land Salzburg 2024b).

5.5 Herausforderungen in Gemeinden/Städten

Schließlich wurde ermittelt, inwieweit die BürgermeisterInnen ($n = 244$) Klimawandel als Herausforderung für ihre Gemeinde/Stadt wahrnehmen. Dazu wurden die BürgermeisterInnen gebeten, verschiedene Herausforderungen nach ihrer Relevanz einzustufen (1= „keine große Herausforderung für uns“ bis 5= „große Herausforderung für uns“). Neben dem Klimawandel sollten die BürgermeisterInnen auch einordnen, inwieweit sie die finanzielle Situation, die Aufrechterhaltung der Infrastruktur, Abwanderung, Digitalisierung und die örtliche Raumplanung als Herausforderungen für ihre Gemeinden/Städte sehen (basierend auf dem Kommunalen Zukunftsbericht des Österreichischen Gemeindebundes 2019/2020/2021a). Vergleicht man die Anzahl der BürgermeisterInnen, die für jede Kategorie fünf (= „große Herausforderung!“) gewählt haben, so kündigt sich an, dass innerhalb der Stichprobe ($n = 244$) die Finanzlage von den meisten BürgermeisterInnen (insgesamt 75, entspricht 30,73 Prozent) als große Herausforderung angesehen wurde. Gleich danach wurde die Raumplanung als eine große Herausforderung wahrgenommen. Klimawandel rangierte an vierter Stelle (nach der Aufrechterhaltung der Infrastruktur): Denn nur 39 BürgermeisterInnen (entspricht 15,98 Prozent) gaben an, dass sie den Klimawandel und seine Folgen als große Herausforderung für ihre Gemeinde/Stadt sehen.

Um zu testen, ob es einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen und der Wahrnehmung von Klimawandel als Herausforderung gibt (Hypothese 4), wurden die Daten in eine dichotome Variable überführt. Jene BürgermeisterInnen, die 4 oder 5 gewählt haben,

wurden als 1 codiert, jene BürgermeisterInnen, die den Klimawandel als eine Herausforderung bis 3 eingeordnet haben, wurden wiederum mit 0 codiert. Dabei standen ÖVP- und SPÖ-BürgermeisterInnen einmal mehr im Fokus, da sie aufgrund ihrer zahlenmäßigen Dominanz auf der kommunalen Ebene (Städtebund 2024) von besonderem Interesse waren. Die Kreuztabelle (siehe Tab. 3) und auch statistische Zusammenhangsmaße (Cramer's V und Chi-Quadrat) führen hierbei einmal mehr vor Augen, dass die ÖVP- oder SPÖ-Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen ($n = 244$) keine Rolle zu spielen scheint, wenn es um die Einordnung von Klimawandel als Herausforderung (1–3 = „keine große Herausforderung für uns“; 4–5 = „große Herausforderung für uns“) geht.

Tabelle 3: ÖVP-/SPÖ-Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen und Wahrnehmung von Klimawandel als Herausforderung ($n = 220$)

Klimawandel als Herausforderung (1–3 = 0; 4–5 = 1; 999 = k.A.) 0 = „keine große Herausforderung für uns“ 1 = „große Herausforderung für uns“	Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen (UV)		Insgesamt
	ÖVP	SPÖ	
0 (Klimawandel als Herausforderung, Einordnungen von 0–3) % von ÖVP/SPÖ-BürgermeisterInnen	81 50,31 %	33 55,93 %	114 51,81 %
1 (Klimawandel als Herausforderung, Einordnungen von 4–5) % von ÖVP/SPÖ-BürgermeisterInnen	80 49,68 %	26 44,06 %	106 48,18 %
Insgesamt	161 73,18 %	59 26,81 %	220 100 %

In den Salzburger Gemeinden der Stichprobe ($n^1 = 38$) gestaltet sich die Situation etwas anders: Obwohl auch hier jene Salzburger BürgermeisterInnen, die an der Umfrage teilgenommen haben, Klimawandel nicht als große Herausforderung für ihre Gemeinde/Stadt sehen, platziert sich Klimawandel an der zweiten Stelle und wird von rund einem Viertel der Salzburger BürgermeisterInnen als große Herausforderung, nach der Raumplanung, aber vor der finanziellen Situation, wahrgenommen. Während innerhalb des Fragebogens nicht ermittelt wurde, was die BürgermeisterInnen zu ihrer Einschätzung gebracht hat, könnte die gesteigerte Problemwahrnehmung des Klimawandels (im Vergleich zu BürgermeisterInnen in Oberösterreich, Burgenland und Kärnten) u. a. auf die Relevanz des Tourismussektors in Salzburg zurückgeführt werden. Dieser potenzielle Zusammenhang muss jedoch in zukünftigen Studien weiter überprüft werden.

6. DISKUSSION

Während in Österreich Formen des zivilen Ungehorsams wie Straßenblockaden der Klima-Protestbewegung „Letzte Generation“ die Gemüter erhitzen, gibt es auch im Jahr 2024 keine Einigung für ein neues österreichisches Klimaschutzgesetz, das Zielwerte für die Sektoren Energie und Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft etc. festlegt (Die Presse, 26.2.2024; ORF, 24.2.2024; Zeit, 8.11.2022; BMK o. J.; Wien Energie GmbH 2024; Parlament Österreich 2024). Zur gleichen Zeit sehen sich zahlreiche Menschen in unterschiedlichen Teilen der Welt Extremwetter-Ereignissen und Katastrophen ausgesetzt. So waren laut dem Generaldirektor der UN-Migrationsagentur Antonio Vitorino mehr als die Hälfte aller neuen Vertreibungen weltweit im Jahr 2022 auf wetterbedingte Katastrophen zurückzuführen (Vereinte Nationen 2023). Parallel bescheinigen Umfragehochs von rechtspopulistischen Parteien in Europa (z. B. in Österreich, Deutschland) und Wahlerfolge von rechtspopulistischen AkteurInnen wie z. B. von Geert Wilders in den Niederlanden, dass rechtspopulistische Politik mit Forderungen etwa nach einer „Festung Europa“ (wie z. B. durch den FPÖ-Vorsitzenden Herbert Kickl) in der Bevölkerung Anklang finden. Jene Zusammenschau macht deutlich, dass, wenn von Klimapolitik die Rede ist, gleichzeitig Migrationsbewegungen, Parteipolitik, Rechtspopulismus, Wahlkampf und viele weitere politische Sphären mitgedacht werden müssen (ORF, 18.11.2023; Norddeutscher Rundfunk, 19.4.2023; Frankfurter Rundschau, 25.11.2023, Kurier, 15.11.2023; Herr 2023; Wien Energie GmbH 2024).

Um auf diese Studie zurückzukommen, die sich der bisher unzureichend erforschten lokalen Ebene der Klimapolitik gewidmet und insbesondere die Bedeutung von institutionalisierten Klimainitiativen untersucht hat, konnte zunächst gezeigt werden, dass es gerade das Verhalten von uns als WählerInnen ist, das einen Einfluss auf klimapolitisches Handeln der lokalen politischen AkteurInnen hat. Denn mit steigender Popularität der Grünen im lokalen Elektorat steigt auch die Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen. Obwohl eine Mitgliedschaft nicht notwendigerweise eine aktive Mitgliedschaft bedeutet, stellt der Entschluss zum Beitritt einen ersten Schritt im Prozess der Klimaadaptation dar: Die Herausforderungen, die der anthropogene Klimawandel mit sich bringt, werden im Sinne einer Problemdefinition (Dannevig et al. 2012) erkannt. Während unterschiedlichste Programme und Initiativen existieren, waren es innerhalb der Gesamtstichprobe ($n = 244$) und auch in den Salzburger Gemeinden/Städte ($n^1=38$) v. a. die Programme „Klima- und Energie-Modellregion“ (KEM) und die Initiative „Klimabündnis“, die besonders prominent waren. Die Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen, die als „Kopf“ der lokalen politischen Administration gesehen werden können und in Österreich auch hohe Beliebtheitswerte aufweisen (Österreichischer Gemeindebund 2021b),

hatte wiederum keinen signifikanten Einfluss auf die Anzahl der Mitgliedschaften in Klimainitiativen. Gleichmaßen war kein signifikanter Zusammenhang zwischen der ÖVP-/SPÖ-Parteizugehörigkeit der BürgermeisterInnen und der Einschätzung von Klimawandel als Herausforderung feststellbar, wobei zukünftige Forschungen hier weiter ansetzen sollten und im Speziellen untersuchen müssen, ob und wenn ja, inwiefern die Parteizugehörigkeit von lokalen PolitikerInnen klimapolitische Maßnahmen auf der lokalen Ebene prägt.

Da eine Mitgliedschaft in einer Klimainitiative nicht mit aktiven Schritten zur Eindämmung von Klimawandel einhergehen muss („Trittbrettfahrerproblematik“; Fünfgeld 2015; Schubert/Klein 2020), wurden die quantitativen, numerischen Daten zur Relevanz von Klimainitiativen mit qualitativen Daten aufgewertet, die illustriert haben, dass Klimapolitik als Teil einer kommunalen politischen Agenda gesehen wird und BürgermeisterInnen hier unterschiedliche Maßnahmen ergreifen, um klimapolitische Ziele zu realisieren. Projekte zu Photovoltaikanlagen, gegen Lichtverschmutzung, zu E-Ladestationen, zur energetischen Optimierung, zu Biodiversität und Begrünung, zur Mobilität und zur Bewusstseinsbildung waren hierbei besonders verbreitet. Dieser Trend war ebenso in den Salzburger Gemeinden ($n^1 = 38$) ausmachbar, so waren es insbesondere Projekte, die sich der Installation von PV-Anlagen gewidmet haben, und Projekte zur Errichtung von E-Ladestationen, die in den 38 Salzburger Gemeinden realisiert werden konnten. Zukünftige Studien sollten sich hier intensiver der Rolle von staatlichen Subventionen, EU-Subventionen und Landes-Subventionen widmen.

Klimapolitik spielt auch in der örtlichen Raumplanung eine Rolle: ExpertInnenkonsultationen, Wärmegenossenschaften, Revitalisierung von Brachflächen, alternative Energien, Landschaftsvorrangzonen, Kooperationen mit Nachbargemeinden etc. wurden beispielsweise von BürgermeisterInnen als Strategien eingeführt, um Klimapolitik in die örtliche Raumplanung zu integrieren. Zahlreiche BürgermeisterInnen haben überdies angeführt, dass das räumliche Entwicklungskonzept derzeit überarbeitet wird, um Klimaschutz mitzudenken. Letzteres lässt sich insbesondere für das Sub-Sample der Salzburger Gemeinden ($n^1 = 38$) feststellen. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung wurde in rund einem Viertel der Gemeinden das räumliche Entwicklungskonzept überarbeitet. Dennoch deuten einige Antworten darauf hin, dass das Verhältnis von Klimaschutz und Raumplanung ambivalent ist und BürgermeisterInnen z. B. Schwierigkeiten sehen, wenn Gemeinden von Abwanderung betroffen sind. Abwanderung ist allerdings nur für eine Minderheit der Gemeinden/Städte in der Stichprobe eine große Herausforderung. Im Gegensatz dazu scheint die finanzielle Situation für viele Gemeinden/Städte eine schwerwiegende Aufgabe zu sein: 30,73 Prozent der BürgermeisterInnen in der Grundstichprobe ($n = 244$) gaben an, dass die finanzielle Situation eine große Herausforderung in ihrer Gemeinde/Stadt ist. Klimawandel rangiert ‚lediglich‘ an vierter Stelle (nach der Raum-

planung und der Aufrechterhaltung von Infrastruktur und vor der Digitalisierung und der Abwanderung) und wird von rund 15,98 Prozent der BürgermeisterInnen (n = 244) als große Herausforderung eingeschätzt. Die Wahrnehmung der Salzburger BürgermeisterInnen (n¹ = 38) unterscheidet sich hier allerdings: Klimawandel positioniert sich an zweiter Stelle und wird von rund einem Viertel (26,31 Prozent) der BürgermeisterInnen als große Herausforderung wahrgenommen, wobei diese differenzierte Problemwahrnehmung in weiteren Studien beforscht werden muss.

Obwohl diese Studie vielfach Limitationen aufweist und zukünftige Forschungen der Heterogenität von lokaler Klimapolitik weiter auf den Grund gehen sollten, war es nicht nur möglich, die lokale politische Ebene in den Mittelpunkt zu stellen, sondern auch BürgermeisterInnen als politische AkteurInnen zu Wort kommen zu lassen, um ihre Ansichten zu Themen wie u. a. Raumplanung und Nachhaltigkeit zu bündeln. Klimaschutz braucht proaktive politische Führungspersonlichkeiten, die als „critical agenda setters“ (Schreurs 2008) fungieren. BürgermeisterInnen sind hier nicht nur politische AkteurInnen, die in der Gesellschaft beliebt sind (OÖN, 4.1.2022; Österreichischer Gemeindebund 2021b). Sie sind AkteurInnen, die direkt auf die Bevölkerung zugehen und für den Klimaschutz werben können. Klimawandel ist eine Herausforderung, die uns alle betrifft, eine Herausforderung, die nur in einer internationalen Anstrengung gelöst werden kann, wo jede einzelne Person, jede politische Instanz, jede Institution, jede Organisation, jedes Unternehmen usw. den Klimawandel als ein menschengemachtes Problem erkennen muss, um den durch den anthropogenen Klimawandel verursachten Entwicklungen entgegenzuwirken. Zukünftige Studien müssen die Rolle der lokalen Politik zur Eindämmung des Klimawandels weiter untersuchen, denn schließlich ist es die lokale Ebene, auf der Vulnerabilitäten zuerst auftreten, Adaption jedoch am schnellsten geschehen kann (Intergovernmental Panel on Climate Change 2007).

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- Amt der Kärntner Landesregierung (2024). Gemeinden / BürgermeisterInnen & Mandatare. Abgerufen am 28.3.2024 unter <https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Gemeinden/BuergermeisterInnen-Mandatare>
- Amt der ÖO. Landesregierung (2024). Gemeinden: Alphabetische Liste. Abgerufen am 28.3.2024 unter <https://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetgemeinden/Start.jsp?SessionID=SID-B5572829-BCEC1FEC&xmclid=Seiten%2F38526.htm&art=D>
- BertelsmannStiftung (2019). Deutsche Bevölkerung vertraut ihren kommunalen Vertretern mehr als Politikern auf EU-Ebene. Abgerufen am 22.1.2022 unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/mai/deutsche-bevoelkerung-vertraut-ihren-kommunalen-vertretern-mehr-als-politikern-auf-eu-ebene#detail-content-141585>.

- Bezirksrundschau Online (10.10.2021). Bürgermeister – Stichwahlen in Oberösterreich.
- Bundeskanzleramt Österreich (2019). Nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030 / SDGs. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html>.
- Bundeskanzleramt Österreich (2020). Österreich und die Agenda 2030: Freiwilliger Nationaler Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele / SDGs (FNU). Abgerufen am 28.11.2023 unter https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/26661VNR_2020_Austria_Report_German.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen (2023). Bundesrecht konsolidiert: Bundes- Verfassungsgesetz Artikel 117, Fassung vom 2.9.2023. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&FassungVom=2023-09-02&Artikel=117&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=>.
- Bundesministerium für Inneres (2019). Nationalratswahl 2019: Stimmstärkste Partei pro Bundesland. Abgerufen am 8.2.2024 unter <https://bundeswahlen.gv.at/2019/>.
- Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) (2023). Klimaaktiv als Vorbildinitiative. Abgerufen am 28.11.2023 unter https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/int_klimapolitik/oe_beitrag/klimaaktiv.html.
- Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) (o.J.). Klimaschutzgesetz. Abgerufen am 11.0.3.2023 unter https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/klimaschutzgesetz.html.
- Connolly, James/Erika Svendsen/Dana Fisher/Lindsay Campbell (2013). Organizing urban ecosystem services through environmental stewardship governance in New York City, in: *Landscape and Urban Planning*, 109(1), 76–84. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.landurbplan.2012.07.001>.
- Dannevig, Halvor/Trude Rauken/Grete Hovelsrud (2012). Implementing adaptation to climate change at the local level, in: *Local Environment*, 17(6–7), 597–611. DOI: 10.1080/13549839.2012.678317.
- Der Standard Online (9.3.2012). Polen legte Veto gegen neue CO₂-Sparziele ein.
- Der Standard Online (5.6.2021). Wie die Raumplanung in Österreich ins Hintertreffen gerät.
- Der Standard Online (3.1.2023). Skipisten im Grünen: Den Skiorten fehlt der Schnee.
- Der Standard Online (4.2.2023). Zwei Tote und mehrere Verschüttete nach Lawinen in Tirol und Vorarlberg.
- Deutschlandfunk Online (15.11.2021). Welt-Klimakonferenz in Glasgow / COP26 – Erfolg oder vertane Chance?
- Die GRÜNEN – DIE GRÜNE ALTERNATIVE (2024). Von Zwentendorf bis in die Regierung. Abgerufen am 11.3.2024 unter <https://gruene.at/organisation/chronik/>.
- Die Presse Online (26.2.2024). Letzte Generation blockiert Südosttangente in Wien: 38 Aktivisten festgenommen.
- Die Presse Online (14.11.2021). Klimagipfel: Kleine Schritte, aber Richtung stimmt.
- Dollinger, Franz (2018). Raumordnung im Widerstreit politischer Interessen: Welche politische Ebene trägt die Verantwortung für den Titel „Europameister in Flächenverbrauch“?, in: Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz

- Wieser (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 2018, Wien, 204–231. DOI: <https://doi.org/10.7767/9783205208662.204>.
- Dollinger, Franz (2021). Das Dilemma und die Paradoxien der Raumplanung: Eine Exkursion im Bereich von Stadt und Land Salzburg unter der Führung von Don Quijote und Sancho Panza: Erstes Buch, Wien.
- Dunlap, Riley/Aaron McCright/Jerrold Yarosh (2016). The Political Divide on Climate Change: Partisan Polarization Widens in the U.S, in: *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, 58(5), 4–23. DOI: 10.1080/00139157.2016.1208995
- e5 Österreich (2023). Das e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://www.e5-gemeinden.at/e5-programm/das-e5-programm>.
- e5 Österreich (2023). e5-Gemeinden in Österreich. Abgerufen am 23.11.2023 unter <https://www.e5-gemeinden.at/e5-gemeinden/e5-gemeinden-in-oesterreich>
- Engels, Anita/Jochem Marotzke/Stephanie Janssen / Universität Hamburg (2023). 1,5 Grad nicht plausibel: Gesellschaftlicher Wandel wichtiger als physikalische Kippunkte. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/presse/2023/pm3.html>.
- Ferienregion Lungau (2023). Unesco-Biosphären Park Lungau. Abgerufen am 23.11.2023 unter <https://www.lungau.at/de/typisch-lungau/unesco-biosphaerenpark/>.
- Fisher, Dana (2013). Understanding the Relationship between Subnational and National Climate Change Politics in the United States: Toward a Theory of Boomerang Federalism. *Environment and Planning*, in: *Government and Policy*, 31(5), 769–784. DOI: <https://doi.org/10.1068/c11186>.
- Fisher, Dana/Philip Leifeld/Yoko Iwaki (2013). Mapping the ideological networks of American climate politics, in: *Climatic Change*, 116, 523–545. DOI: <https://doi.org/10.1007/s10584-012-0512-7>.
- Frankfurter Rundschau Online (25.11.2023). Niederlande-Wahl: Wilders triumphiert, doch findet keine Verbündeten
- Freiheitliche Partei Österreichs. Landesgruppe Oberösterreich (2021). Haimbuchner: Fünfzehn freiheitliche Bürgermeister in Oberösterreich. Abgerufen am 25.1.2022 unter <https://www.fpoe-ooe.at/haimbuchner-fuenfzehn-freiheitliche-buergermeister-in-oberoesterreich/>.
- Fuksiewicz, Aleksander/Julia Klein (2014). Euroscepticism in the Polish and German 2014 European election campaign. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://www.isp.org.pl/en/publications/euroscepticism-in-the-polish-and-german-2014-european-election-campaign>.
- Fünfgeld, Hartmut (2015). Facilitating local climate change adaptation through transnational municipal networks, in: *Current Opinion on Environmental Sustainability*, 12. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2014.10.011>.
- Gemenis, Kostas/Alexia Katsanidou/Sofia Vasilopoulou (2012). The politics of anti-environmentalism: positional issue framing by the European radical right. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://ris.utwente.nl/ws/portalfiles/portal/6153509/MPSA.pdf>.
- Global 2000 (2019). Wahlprogramm-Check: Wie klimafit sind die Parteien in Österreich? Abgerufen am 19.2.2024 unter <https://www.global2000.at/publikationen/wahlprogramm->

- check#: ~:text=Die%20ÖVP%20will%20CO2%2DNeutralität,bis%202050%20auf%20Null%20reduzieren.
- Gruber, Markus/Arthur Kanonier/Simon Pohn-Weidinger/Arthur Schindelegger (2018). Raumordnung in Österreich und Bezüge zur Raumentwicklung und Regionalpolitik, Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz. Abgerufen am 21.3.2022 unter https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/publikationen/Schriftenreihe/202/OEROK-SR_202_DE.pdf.
- Gurney, Rachel/Alan Hamlet/Patrick Regan (2021). The influences of power, politics, and climate risk on US subnational climate action, in: *Environmental Science & Policy*, 116, 96–113. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2020.06.023>.
- Kurier Online (18.7.2023). Die heikle Rolle der Bürgermeister beim Bauland.
- Herr, Julia (2024). Wo bleibt das Klimaschutzgesetz? Schriftliche Anfrage. Abgerufen am 11.3.2023 unter <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/17479>.
- Hook, Sandra (2018). ‚Energiewende‘: Von internationalen Klimaabkommen bis hin zum deutschen Erneuerbaren-Energien-Gesetz, in: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.): *Bausteine der Energiewende. Raumfragen: Stadt – Region – Landschaft*, Wiesbaden. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-19509-0_2.
- Hornsey, Matthew/Emily Harris/Paul Bain/Kelly Fielding (2016). Meta-analyses of the determinants and outcomes of belief in climate change, in: *Nature Climate Change*, 6(6), 622–626. DOI: <https://doi.org/10.1038/nclimate2943>.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2007). Fourth assessment report (AR4): climate change 2007. Impacts, Adaption and Vulnerability. Abgerufen am 12.03.2024 unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/03/ar4_wg2_full_report.pdf
- Kleine Zeitung Online (17.5.2023). Murenabgänge und Überschwemmungen in der Steiermark.
- Kleine Zeitung Online (24.8.2023). Gesperrte Straßen, vermurter Ortskern und Kritik an Politik.
- Kleine Zeitung Online (29.2.2024). Länder beschlossen Alleingang bei Bodenstrategie.
- Klimabündnis (2020). 30 Jahre Klima-Bündnis. Abgerufen am 12.3.2024 unter https://www.klimabuendnis.org/fileadmin/Inhalte/7_Downloads/2020-05_Jahresbericht_Klima-Buendnis.pdf.
- Klimabündnis Österreich (2024). Über das Klimabündnis. Abgerufen am 12.3.2024 unter <https://www.klimabuendnis.at/ueber-uns/>.
- Klima- und Energiefonds (2022). Leitfaden Klima- und Energie-Modellregion: Jahresprogramm 2022. Abgerufen am 12.3.2024 unter https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/sites/16/202309_Leitfaden_KEM.pdf.
- Klima- und Energiefonds (2023a). Unsere Themen. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://www.klimafonds.gv.at/unsere-themen/>.
- Klima- und Energiefonds (2023b). Leitfaden Klima- und Energie-Modellregion: Jahresprogramm 2023. Abgerufen am 12.3.2024 unter https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/sites/16/202309_Leitfaden_KEM.pdf.
- Klimadashboard.at (2023). Wie die Klimakrise Österreich erhitzt. Abgerufen am 20.11.2023 unter <https://klimadashboard.at/auswirkungen/temperatur> .

- Kommunal Online (2017). Die Aufgaben des Bürgermeisters. Abgerufen am 2.4.2022 unter <https://kommunal.at/die-aufgaben-des-buergermeisters>.
- Kommunkredit Public Consulting GmbH (2023). E-Ladeinfrastruktur 2023. Abgerufen am 23.11.2023 unter <https://www.umweltfoerderung.at/gemeinden/e-ladeinfrastruktur-2023/unterkategorie-ladeinfrastruktur>.
- Kurier Online (28.1.2021). Salzburgs Bürgermeister bekommen bei Abschied Gehaltsfortzahlung.
- Kurier Online (3.7.2023). Sommer in Wien: Wie viel Hitze ist normal in unserer Stadt?
- Kurier Online (15.11.2023). FPÖ-Chef Kickl über Asyl: „Meine Obergrenze ist Null“.
- Land Burgenland (2020). Bezirke und Gemeinden. Abgerufen am 22.1.2022 unter <https://www.burgenland.at/verwaltung/land-burgenland/bezirke-gemeinden/>.
- Land Burgenland (2024). Ergebnisse der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2022 im Burgenland. Abgerufen am 28.3.2024 unter <https://www.burgenland.at/news-detail/ergebnisse-der-gemeinderats-und-buergermeisterwahlen-2022-im-burgenland/>.
- Land Kärnten (2022). Bürgermeister/Innen & Mandatäre. Abgerufen am 22.1.2022 unter <https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Gemeinden/BuergermeisterInnen-Mandatäre>.
- Land Oberösterreich (2021). Bürgermeisterinnen / Bürgermeister Land Oberösterreich. Abgerufen am 22.1.2022 unter <https://wahl.land-oberoesterreich.gv.at/BBGM1.htm.land>
- Land Salzburg (2023a). Förderungen Verkehr und Mobilität. Abgerufen am 23.11.2023 unter <https://www.salzburg.gv.at/themen/verkehr/foerderungen-verkehrswesen>.
- Land Salzburg (2023b)¹. PV-Förderungen. Abgerufen am 23.11.2023 unter https://www.salzburg.gv.at/energie_/Documents/PV-Foerderungen-2023.pdf.
- Land Salzburg (2024a). Download zu den Bürgermeisterwahlen. Abgerufen am 28.3.2024 unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/bmw/index2019.html#dl>.
- Land Salzburg (2024b). Lend-Embach. Abgerufen am 28.3.2024 unter <https://www.salzburg.gv.at/themen/umwelt/nachhaltigkeit/agenda-21/agenda21-gemeinden-regionen/lend-embach>.
- Lewandowsky, Stephan/Klaus Oberauer (2016). Motivated Rejection of Science, in: *Current Directions in Psychological Science*, 25(4), 217–222. DOI: <https://doi.org/10.1177/0963721416654436>.
- Lienbacher, Georg (2010). Raumordnungsrecht, in: Susanne Bachmann/Gerhard Baumgartner/Rudolf Feik/Karim Giese/Dietmar Jahnel/Georg Lienbacher (Hg.): *Besonderes Verwaltungsrecht*, Wien. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-7091-0341-8_16.
- Lockwood, Matthew (2018). Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages, in: *Environmental Politics*, 27(4), 712–732. DOI: 10.1080/09644016.2018.1458411.
- Mandl, Kristina/Kommunal Online (2021). Raumordnung muss bei Gemeinden bleiben. Abgerufen am 15.1.2022 unter <https://kommunal.at/raumordnung-muss-bei-den-gemeinden-bleiben>.
- Mein Bezirk Online (24.3.2022). „Die Landwirte sind schon nervös“.
- Mein Bezirk Online (9.7.2023). Wie viel Boden in den Gemeinden versiegelt ist.
- Milfont, Taciano/Petar Milojev/Lara Greaves/Chris Sibley (2015). Socio-structural and psychological foundations of climate change beliefs, in: *New Zealand journal of psychology*, 44, 17–30.

- Norddeutscher Rundfunk Online (19.04.2023). NDR Info Hintergrund. Österreich rückt nach rechts: die FPÖ im Aufwind.
- Oberösterreichische Nachrichten Online (OÖN) (04.01.2022). Steigendes Vertrauen in die Bürgermeister.
- Öffentlicher Rundfunk Burgenland Online (ORF) (29.10.2017). Die Sieger der Bürgermeister-Stichwahlen.
- Österreichischer Rundfunk (ORF) Online (24.02.2024). Klimaaktivisten blockierten Brennerautobahn.
- Österreichischer Gemeindebund (2019). Kommunaler Zukunftsbericht 2019. Abgerufen am 22.1.2022 unter https://gemeindebund.at/website2020/wp-content/uploads/2020/07/gb_zukunftsbericht_2019_web_klein.pdf.
- Österreichischer Gemeindebund (2020). Kommunaler Zukunftsbericht 2020. Abgerufen am 22.1.2022 unter https://gemeindebund.at/website2020/wp-content/uploads/2020/11/gb_zukunftsbericht_2020_web.pdf.
- Österreichischer Gemeindebund (2021a). Kommunaler Zukunftsbericht 2021. Abgerufen am 22.1.2022 unter <https://gemeindebund.at/website2020/wp-content/uploads/2021/11/gb-zukunftsbericht-2021-web-klein-1.pdf>.
- Österreichischer Gemeindebund (2021b). Umfrage: Hohes Vertrauen für Bürgermeister. Abgerufen am 20.1.2022 unter <https://gemeindebund.at/umfrage-hohes-vertrauen-fuer-buergermeister/>.
- Österreichischer Gemeindebund (2022). Anzahl der Gemeinden nach Bundesländer. Abgerufen am 15.3.2022 unter <https://gemeindebund.at/themen-zahlen-und-fakten-struktur-der-gemeinden/>.
- Österreichischer Rundfunk Online (ORF) (2.9.2022). Sommer 2022: Zu heiß und zu trocken.
- Österreichischer Rundfunk Online (ORF) (18.11.2023). „Selbstsicher“ in Zeiten der Extreme.
- Österreichischer Rundfunk Online (ORF) (3.12.2021). Mehrheit will Bodenversiegelung verstopfen.
- Parlament Österreich (2023). Politik am Ring: Klima in Not. Wie will Österreich seine Klimaziele erreichen? Abgerufen am 23.11.2023 unter https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0696.
- Purdon, Mark (2015). Advancing Comparative Climate Change Politics: Theory and Method, in: *Global Environmental Politics*, 15(3), 1–26. DOI: https://doi.org/10.1162/GLEP_e_00309.
- Ramstetter, Lena/Fabian Habersack (2019). Do women make a difference? Analysing environmental attitudes and actions of Members of the European Parliament, in: *Environmental Politics*. DOI: 10.1080/09644016.2019.1609156.
- Rat der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Rates (2024). Maßnahmen der EU gegen den Klimawandel. Abgerufen am 6.2.2024 unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/climate-change/#2030>.
- Rechnungshof Österreich (2021). Klimaschutz wird in Österreich nicht zentral koordiniert. Abgerufen am 14.10.2021 unter https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/Klimaschutz_wird_in_Oesterreich_nicht_zentral_koordiniert.html#.

- Reindl, Helmut (2017). Die Aufgaben des Bürgermeisters. Abgerufen am 6.2.2024 unter <https://kommunal.at/die-aufgaben-des-buergermeisters>.
- Reinecke, Jost (2019). Grundlagen der standardisierten Befragung, in: Nina Baur/Jörg Blasis (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden, 717–734.
- Rogelj, Joeri/Michael den Elzen/Niklas Höhne/Taryn Fransen/Hanna Fekete/Harald Winkler/Roberto Schaeffer/Fu Sha/Keywan Riahi/Malte Meinshausen (2016). Paris Agreement climate proposals need a boost to keep warming well below 2 °C, in: *Nature*, 534, 631–639. DOI: <https://doi.org/10.1038/nature18307>.
- Rohe, Karl (1994). Politik. Begriffe und Wirklichkeiten, Stuttgart-Berlin-Köln.
- Sabatier, Paul (2007). Theories of the policy process, New York.
- Salzburger Nachrichten Online (23.8.2023). „Die Raumordnung hat beim Bodenverbrauch versagt“.
- Salzburger Volkspartei (2021). Unsere Gemeinden. Abgerufen am 22.01.2022 unter <https://www.oevp-sbg.at/unsere-gemeinden>.
- Savaşan, Zerrin (2019). Paris Climate Agreement: A Deal for Better Compliance? Lessons Learned from the Compliance Mechanisms of the Kyoto and Montreal Protocols. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-030-14313-8>.
- Schreurs, Miranda (2008). From the Bottom Up: Local and Subnational Climate Change Politics, in: *The Journal of Environment & Development*, 17(4), 343–355. DOI: <https://doi.org/10.1177/1070496508326432>.
- Schubert, Klaus/Martina Klein (2020). Das Politiklexikon, 7., aktualisierte u. erweiterte Auflage, Bonn.
- SPÖ Salzburg (2022). BÜRGERMEISTERINNEN. Abgerufen am 22.1.2022 unter <https://salzburg.spoe.at/persons/b%C3%BCrgermeisterinnen>.
- Statistik Austria (2023). Statistik des Bevölkerungsstandes: Erstellt am 08.11.2023: Vorläufige Ergebnisse für den Stichtag 01.10.2023. Abgerufen am 6.2.2024 unter <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-zu-jahres-/quartalsanfang>.
- Tagesschau Online (3.3.2023). EU verschiebt Abstimmung über Verbrenner-Aus.
- TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH (2011). Der ideale Ort / Welchen Politikern vertrauen Sie am meisten? Abgerufen am 6.2.2024 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/191776/umfrage/vertrauen-in-politiker/#professional?>.
- Toly, Noah (2008). Transnational Municipal Networks in Climate Politics: From Global Governance to Global Politics, in: *Globalizations*, 5(3), 341–356. DOI: 10.1080/14747730802252479.
- Urwin, Kate/Andrew Jordan (2008). Does public policy support or undermine climate change adaptation? Exploring policy interplay across different scales of governance, in: *Global Environmental Change*, 18(1), 180–191.
- Vereinte Nationen (2023). UN-Generalsekretär Guterres: Wettlauf gegen die Zeit um Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen zu begrenzen. Abgerufen am 28.11.2023 unter <https://unric.org/de/200821-klima/#:~:text=häufigeren%20Klimagefahren%20verloren-,%Eindämmung%20des%20Klimawandels%20zu%20verbessern.>
- Verwaltungsakademie des Bundes (2020). Gemeinden. Abgerufen am 23.11.2023 unter <https://>

- www.vab.gv.at/dam/jcr:26b999e7-8f58-4b48-b5a9-d33c8f483615/Kapitel_13_Gemeinden.pdf.
- Wien Energie GmbH (2024). Das österreichische Klimaschutzgesetz. Abgerufen am 11.03.2023 unter <https://positionen.wienenergie.at/wissenshub/einfach-erklart/oesterreichische-gesetzgebung/klimaschutzgesetz/>.
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2019). Bauordnungen und Raumordnungsgesetze der Bundesländer. Abgerufen am 11.3.2024 unter <https://www.wko.at/betriebsstandort/bauordnungen-raumordnungsgesetze-bundeslaender>.
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2022). Basisdaten für Österreichs Bundesländer. Abgerufen am 22.1.2022 unter <https://wko.at/statistik/bundesland/basisdaten.pdf>.
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2023). CO₂-Bepreisung. Abgerufen am 19.2.2024 unter <https://www.wko.at/oe/industrie/mineraloelindustrie/co2-bepreisung#:~:text=internationalen%20Vergleich%20da%3F-,Was%20ist%20die%20die%20CO2%2DBepreisung%3F,30%20Euro%20pro%20Tonne%20kosten>.
- Zeit Online (8.11.2022). Mehrheit der Deutschen verurteilt Proteste der Letzten Generation.
- Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) (2021). Klimafakten Österreich kompakt. Abgerufen am 20.11.2023 unter <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/news/klimafakten-oesterreich-kompakt>.